

Die Suche nach Balance: Freiheit und Sicherheit im digitalen Zeitalter

Chart der Woche, 2025-KW42

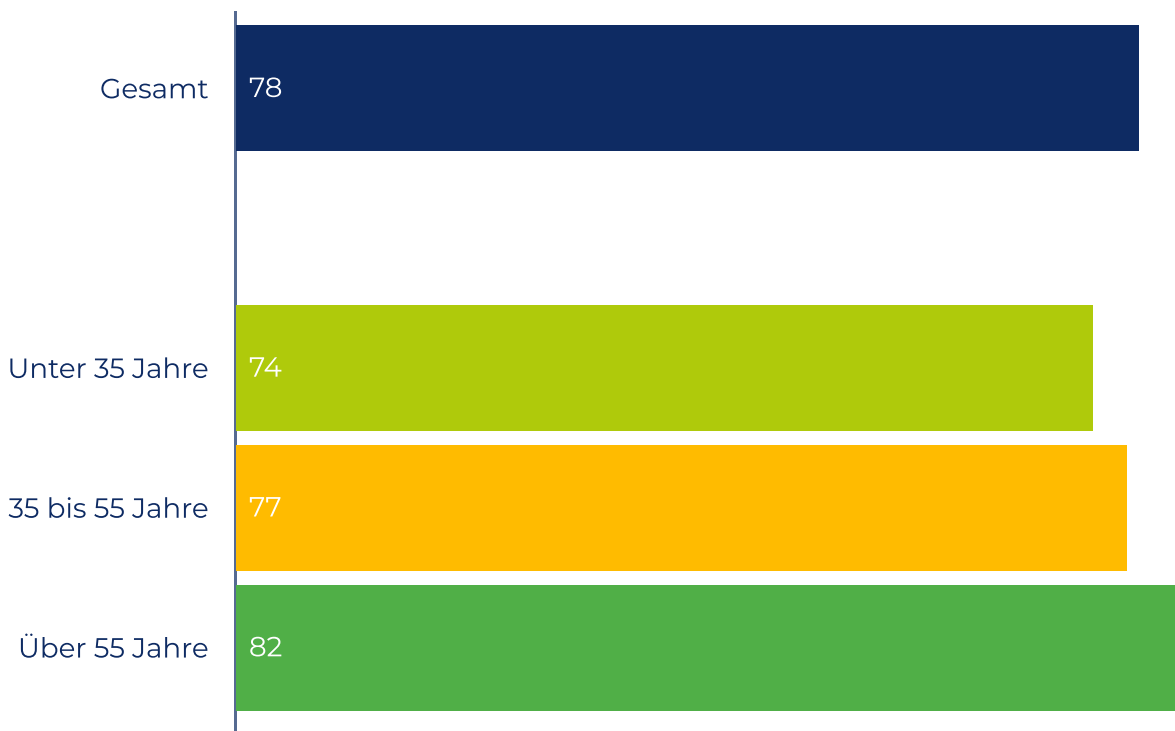
16. Oktober 2025



SICHERHEIT JA, ABER NICHT UM JEDEN PREIS



Von je 100 Befragten sagen: „Sicherheitsmaßnahmen sollten nicht die persönliche Freiheit unverhältnismäßig einschränken.“



Online Repräsentativbefragung von 2.000 Personen ab 18 Jahren durch die GfK in Deutschland

Ergebnis

Trotz intensiver gesellschaftlicher Debatten über Sicherheit, Zugangskontrollen, digitale Identitätsprüfungen und neue Technologien bleibt das Bedürfnis nach persönlichen Freiräumen unverändert hoch. Mehr als drei Viertel der Bundesbürger sprechen sich gegen übermäßige Einschränkungen der individuellen Freiheit durch Sicherheitsmaßnahmen aus.

Die hohe Zustimmung zieht sich durch alle Altersgruppen und sozialen Milieus. Das zeigt: Der Wunsch nach Autonomie und Selbstbestimmung ist tief in der Gesellschaft verwurzelt – auch im Spannungsfeld zwischen Schutzbedürfnis und Freiheitsanspruch.

Gründe

Viele Bürger empfinden den Alltag bereits heute als stark reguliert und erleben eine Zunahme von Überwachung im öffentlichen und privaten Raum. Kameras an Tankstellen, in Geschäften oder auf öffentlichen Plätzen, ebenso wie digitale Anwendungen zur Gesichtserkennung oder Bewegungsanalyse, verstärken das Gefühl permanenter Beobachtung. Parallel wächst die Sorge vor dem Missbrauch persönlicher Daten – etwa bei Bankgeschäften, im Gesundheitswesen oder in der digitalen Kommunikation. Hinzu kommt ein schwindendes Vertrauen in staatliche Institutionen und kommerzielle Anbieter, wenn Transparenz fehlt oder Regelungen als intransparent wahrgenommen werden. Zugleich steigt das Bewusstsein für die Bedeutung von Grundrechten und die Verantwortung, diese aktiv zu schützen.

Prognose

Der Wunsch nach Freiheit und persönlicher Integrität wird auch künftig ein zentrales gesellschaftliches Leitmotiv bleiben. Sicherheitsmaßnahmen stoßen immer dort an Akzeptanzgrenzen, wo sie als unverhältnismäßig oder undurchsichtig wahrgenommen werden. Künftige Konzepte zur Gefahrenabwehr müssen stärker auf Transparenz, Beteiligung und freiwillige Mitwirkung setzen. Auch technologische Entwicklungen wie KI-gestützte Systeme, biometrische Verfahren oder umfassende Datenauswertungen bedürfen klarer Regeln, um Vertrauen zu schaffen. Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft stehen gemeinsam in der Verantwortung, Freiheitsrechte nicht nur zu sichern, sondern sie im digitalen Zeitalter aktiv zu gestalten.

